Deutscher Bundestag **Drucksache 14/5461**

14. Wahlperiode 07. 03. 2001

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Jürgen Türk, Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Horst Friedrich (Bayreuth), Rainer Funke, Joachim Günther (Plauen), Dr. Karlheinz Guttmacher, Klaus Haupt, Dr. Helmut Haussmann, Ulrich Heinrich, Birgit Homburger, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Dirk Niebel, Cornelia Pieper, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, Dr. Irmgard Schwaetzer, Dr. Max Stadler, Dr. Dieter Thomae, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der F.D.P.

zu der Beratung der Großen Anfrage der Abgeordneten Peter Hintze, Michael Stübgen, Klaus Hofbauer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU – Drucksachen 14/3872, 14/5232 –

Erweiterung der Europäischen Union

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Ost-Erweiterung ist nach der Deutschen Einheit eine der schwierigsten Aufgaben der Europäischen Union. Sie wird beträchtliche wirtschaftliche Vorteile für die EU und damit auch für Deutschland mit sich bringen. Das gilt auch für die Grenzregionen. Ungeachtet dessen sind diese, wie die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Anfrage der Fraktion der CDU/CSU einräumt, einem erhöhten Anpassungsdruck ausgesetzt. Deshalb muss ihnen gezielt geholfen werden.

Bisher hat die Bundesregierung noch kein schlüssiges Handlungskonzept dafür vorgelegt. Die bisherigen Bemühungen beschränken sich darauf, dass der Europäische Rat die EU-Kommission gebeten hat, eine Analyse der Auswirkungen der Beitritte und ein Programm zur Festigung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit der Grenzregionen vorzulegen. Hier stellt sich die Frage, wann die Analyse und das Programm tatsächlich vorgelegt und ob und in welcher Form Bund, Länder und Regionen einbezogen werden sollen.

Es ist festzustellen, dass die bisherigen Instrumente und Mittel nicht ausreichen, um die zunehmende Wanderungsbewegung von Menschen in geeigneter Weise zu begleiten. Das gilt sowohl für die EU, als auch für den Bund, die Länder und Regionen.

Defizite sind in den Grenzregionen bei der Infrastrukturausstattung, vor allem aber bei Verkehrswegen, zu verzeichnen. Die bisherige Koordinierung zwi-

schen EU, Bund, Ländern und Regionen ist unzureichend. Sie muss effizienter werden.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. Umgehend ein **nationales Grenzlandkonzept** auf der Grundlage der Länder- und Regionalkonzepte zu erarbeiten. Dieses Grenzlandkonzept muss sowohl einen effizienteren als auch höheren Mitteleinsatz einschließen. Das bezieht sich z. B. auf die Erhöhung des Umfanges der Mittel
   – für die Gemeinschaftsaufgaben „Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur“ und „Verbesserung der Agrarstruktur“,
   – für den Infrastrukturbereich, insbesondere Verkehrswege, als wichtige Voraussetzung für Industrieansiedlungen,
   – für die „Absatzförderung Ost“,
   – für kommunale Infrastruktur, einschließlich Stadt- und Dorfsanierung.
2. Umgehend ein **EU-Grenzlandkonzept** auf der Grundlage des nationalen Konzeptes zu erreichen. Dieses EU-Konzept muss enthalten:
   – die längst überfällige Verzahnung der Gemeinschaftsinitiativen Interreg und Phare/CBC-Programm mit größerer Flexibilität, auch bei gegenseitiger Kofinanzierbarkeit und Schaffung gemeinsamer Entscheidungsstrukturen,
   – zusätzliche Fördermöglichkeiten für Grenzregionen, einschließlich für Verkehrswege, KMU usw.,
   – flexible Übergangsfristen bei der Freizügigkeit für Arbeitnehmer und bei der Dienstleistungsfreiheit.
3. Treffen eines Abkommens zur Organisation grenzüberschreitender Zusammenarbeit zwischen Polen, Tschechien und Deutschland, analog dem Karlsruher Abkommen zwischen Deutschland, Frankreich, der Schweiz und Luxemburg von 1996.
4. Einen Fahrplan wie folgt anzustreben:
   – Beitrittsverhandlungen bis 2002,
   – 2001 Erarbeitung eines zwischen allen Ebenen abgestimmten Grenzlandkonzeptes.

Berlin, den 7. März 2001

Jürgen Türk
Rainer Brüderle
Ernst Burgbacher
Jörg van Essen
Horst Friedrich (Bayreuth)
Rainer Funke
Joachim Günther (Plauen)
Dr. Karlheinz Guttmacher
Klaus Haupt
Dr. Helmut Haussmann
Ulrich Heinrich
Birgit Homburger
Dr. Heinrich L. Kolb
Gudrun Kopp
Ina Lenke
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Dirk Niebel
Cornelia Pieper
Dr. Edzard Schmidt-Jortzig
Dr. Irmgard Schwaetzer
Dr. Max Stadler
Dr. Dieter Thomae
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333